

## **Beschluss des Landesvorstands vom 17.4.2011**

# **Zum Umgang mit dem NRW-Landeshaushalt 2011**

### **1. Die bisherige Chronologie**

Die SPD-GRÜNE Landesregierung legt **Mitte Februar 2011** den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) - Drucksache 15/1000 -, die Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen -Drucksache 15/1001 - sowie den Entwurf des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2011) - Drucksachen 15/1002 und 15/1354 (Berichtigung)- vor.

Bereits am **15.2.2011** – also genau einen Monat vor dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Sachen Nachtragshaushalt 2010; der eigentliche Haushaltsentwurf ist auch gerade erst da - legt die Landesregierung eine erste Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2011 vor - Drucksache 15/1300. Darin gibt sie für 2011 zu erwartende Minderausgaben in Höhe von rd. 222,2 Mio. EUR, zu erwartende Steuermehreinnahmen in Höhe von rd. 500 Mio. EUR sowie weitere Mehreinnahmen in Höhe von 8 Mio. EUR bekannt. Wichtig: Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben von insgesamt 730,1 Mio. EUR sollen alle – so die Landesregierung - zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden. Danach umfasste das Ausgabevolumen des Haushalts 2011 nur noch 55.822,8 Mio. EUR. Die eigenfinanzierten Investitionen betragen 3.771,6 Mio. EUR. Die geplante Nettoneuverschuldung wurde neu mit 7.118,5 Mio. Euro (ursprünglich 7.848,6 Mio. Euro) angesetzt. Damit überschreitet die Nettoneuverschuldung die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten eigenfinanzierten Investitionen um 3.347,0 Mio. Euro. Damit ist die gemäß Artikel 83 Satz 2 LV im Regelfall maximal zulässige Kreditaufnahme (Verfassungsgrenze) überschritten. Im Gegensatz zum Nachtragshaushalt 2010 hat die Landesregierung im Haushaltsgesetz 2011 ausführlich das Überschreiten

der Regelobergrenze für die Kreditaufnahme mit der Notwendigkeit der Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründet.

In der Mittelfristigen Finanzplanung, die bisher nicht geändert wurde, geht Rot-Grün von einer für längere Zeit anhaltenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aus. Für die Jahre 2012-2015 ist eine jährliche Neuverschuldung von ca. 7 Mrd. Euro eingeschätzt.

Am **15.3.2011** urteilt der Verfassungsgerichtshof (VGH) in Münster zum Nachtragshaushalt 2010 der SPD-GRÜNEN NRW-Landesregierung. Das Ergebnis: Das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 hat handwerkliche Mängel. Bei der Beurteilung bezüglich einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts stehe dem Haushaltsgesetzgeber ein Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum zu. Er müsse jedoch nachvollziehbar darlegen, dass die Voraussetzungen für die Überschreitung der Regelverschuldungsgrenze vorlägen und weshalb die bisher veranschlagte Ausgabensumme zur Störungsabwehr nicht mehr ausreichen solle und inwieweit die Erhöhung der Kreditermächtigung im Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Nachtragshaushalts die gewünschten konjunkturellen Ziele noch erreichen könne. Die Minderheitsregierung in NRW hat das in den Augen des VGH nicht nachvollziehbar gemacht. Wir haben die rot-grüne Landesregierung umgehend aufgefordert, beim Nachtragshaushalt 2010 nachzuarbeiten und die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hinreichend darzulegen und zu begründen, mit welchen Maßnahmen das Land diese Störung ausgleichen will.

**Eine Woche später** hat die Landesregierung das VGH-Urteil vom 15.03.2011 schon umgesetzt. Vorsorgemaßnahmen im Nachtragshaushalt 2010 im Gesamtvolumen von 2,1 Mrd. Euro (Zuführung zum Sondervermögen „Risikoabschirmung WestLB“, Rücklage zur Abrechnung kommunaler Beteiligung an den Einheitslasten, Rücklage zum Ausgleich kommunaler Kosten für Kita-Ausbau, Zuführung zum Versorgungsfonds zur Altersvorsorge für Beamte) wurden zurückgenommen und rückgebucht. Finanzminister Walter-Borjans: „Das sind Lasten, die die Vorgängerregierung verschwiegen hatte und für die wir im Nachtragshaushalt vorsorgen wollten. Die Risiken kommen nun 2011 und in den Folgejahren auf das Land zu.“

Am **4.4.2011** – also eine Woche nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg - berichtet die WAZ über ein internes Papier aus dem Finanzministerium: Danach will die Landesregierung die Neuverschuldung um bis zu 2,3 Mrd. von den bisher vorgesehenen 7,1 auf unter 5,0 Mrd. Euro absenken. Hätte die Landesregierung diese Änderung per Ergänzungsvorlage eingebracht, wäre eine neue Anhörung erforderlich und der Zeitplan (Haushaltsverabschiedung 18. oder 19.5.) nicht einzuhalten gewesen. Deswegen werden diese Änderungen von den Fraktionen von SPD und Grünen eingebracht.

Am **5.4.** geben SPD-Römer und Grünen-Priggen vor der Presse bekannt, durch „konsequente Nutzung“ zusätzlicher Mehreinnahmen und Minderausgaben die Nettoneuverschuldung von den ursprünglich beabsichtigten 7,1 Milliarden Euro auf 4,85 Milliarden Euro absenken zu wollen:

- 1,3 Mrd. entfallen auf höhere Steuereinnahmen,
- 240 Millionen durch den bescheidenen ver.di- Tarifabschluss,
- 280 Mio. durch höhere Zuweisungen im Länderfinanzausgleich (NRW Nehmerland),
- weitere globale Minderausgaben von 250 auf nun insgesamt 500 Millionen Euro
- 150 Mio. Euro Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5%.
- 15 Mio. Euro durch Mehreinnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt .

Da die Investitionen des Landes 3,88 Milliarden Euro betragen, ergibt sich mit den 4,85 Mrd. Euro eine Differenz von unter einer Mrd. Euro zur Verfassungsgrenze.

Römer und Priggen betonen: „Diese Differenz ist zum größten Teil auf die Konsolidierungshilfen für die Kommunen in Höhe von 670 Millionen Euro zurückzuführen. Eine Maßnahme, die auch bei der größten Oppositionsfraktion CDU unumstritten ist.“

Unsere Fraktion hat insgesamt 87 Änderungsanträge im Volumen von 2,2 Mrd. Euro zum Haushalt eingebracht und sich verständigt, im **Haushalts- und Finanzausschuss am 8.4.** über die Einzelanträge abzustimmen, aber sich an den jeweiligen Schlussabstimmungen nicht zu beteiligen.

Am **6.4.** findet ein Gespräch unserer Fraktionsspitze mit den Fraktionsspitzen von SPD und Grünen statt, bei dem unsere Anträge zur Diskussion stehen. Im

Ergebnis wird so gut wie nichts erreicht. Für die **Pressekonferenz der Landtagsfraktion am 7.4.** wurde vereinbart, die Änderungsanträge der Fraktion vorzustellen. Dpa meldet aber : „Der Haushaltsentwurf der rot-grünen Minderheitsregierung hat gute Chancen, Mitte Mai im Düsseldorfer Landtag verabschiedet zu werden. Die Linke sieht derzeit keinen zwingenden Grund, den Etat 2011 abzulehnen.“ Und weiter: „Die Linke müsse Nein sagen, falls Sozial- und Stellenabbau oder eine Privatisierung öffentlichen Eigentums geplant seien... Dies sei aber nicht der Fall.“ Sowie: „Es ist uns klar, dass unsere Vorstellungen - wenn überhaupt - nur zu einem Bruchteil realisiert werden“. Dennoch wolle die Linke mit ihren 87 Änderungsanträgen zum Haushalt „einmal beispielhaft aufzeigen, was eigentlich nötig wäre.“ Es entsteht der Eindruck einer Vorfestlegung der Fraktion.

Am **8.4.2011** bringen SPD und Grüne die genannten Änderungsanträge zur Haushaltskonsolidierung im Haushalts- und Finanzausschuss ein; sie werden bei den Einzelabstimmungen teilweise mit LINKER Zustimmung bzw. Enthaltung in den Haushaltsentwurf aufgenommen.

Auch unsere 87 Änderungsanträge zum Haushalt standen am 8.4. zur Abstimmung. Das Ergebnis: Fast alle unsere Anträge bis auf ganz wenige, die so gut wie deckungsgleich mit Anträgen von SPD und Grünen sind, werden von den anderen Fraktionen abgelehnt. Einen Antrag, den zur Kraft-Tour, hat unsere Fraktion gemeinsam mit CDU und FDP durchgesetzt.

**Im Ergebnis wurde dann im HFA der Entwurf des Haushaltsgesetzes in der Fassung nach Ergänzung in seiner Schluss-Sitzung am 8. April 2011 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse nach Maßgabe der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, bei Nichtbeteiligung der Fraktion DIE LINKE, angenommen.** Die Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses (Drucksachen 15/1700 bis 15/1707, 15/1710 bis 15/1715 und 15/1720) sowie die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Gemeindefinanzierungsgesetzentwurf (Drucksache 15/1717) finden sich unter:

[http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_II/II.2/Dokumentenarchiv/Parlamentspapiere/suche\\_nrw.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.2/Dokumentenarchiv/Parlamentspapiere/suche_nrw.jsp)

(Dann in dem Feld „Dokumenten-Nr:“ Drucksachennummer, z.B. 15/1700 eingeben und auf „Anzeigen“ klicken.)

Nach Durchführung der 2. Lesung im Landtagsplenum, die am **13. und 14.4.2011** stattgefunden hat, wird der Entwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss rück überwiesen. Dabei hat sich bei der 2. Lesung im Landtagsplenum nichts geändert.

## **2. Weiterer Zeitplan**

Am **12.5.** findet im Haushalts- und Finanzausschuss die Schlussberatung statt; am **18.5. oder 19.5. findet dann die dritte Lesung des Haushalts im Landtag statt.**

Weitere Änderungen am Haushalt sind wahrscheinlich: SPD und GRÜNE haben angekündigt, mögliche weitere Steuermehreinnahmen zur Haushaltskonsolidierung verwenden zu wollen. Oberstes Ziel von SPD und GRÜNEN ist es inzwischen, die Verfassungsgrenze (sprich Neuverschuldung unter 3,8 Mrd) einhalten zu wollen.

Dem gegenüber stehen die neu bekannt gewordenen WestLB-Defizite in Milliardenhöhe, die eventuell eine Haushaltsergänzung erforderlich machen können.

## **3. Wie ist der Entwurf des Landeshaushaltes 2011 zu beurteilen?**

Der Haushaltsplan der „Koalition der Einladung“ von SPD und GRÜNEN ist eine Einladung an CDU und FDP. Seit dem VGH-Urteil und den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bewegen sich insbesondere SPD und CDU, die aufgrund der Umfragen und der zu erwartenden Stärkung der GRÜNEN momentan beide kein Interesse an Neuwahlen haben, erkennbar aufeinander zu.

Am sichtbarsten wird das im Bereich der **Haushaltskonsolidierung**: Die Landesregierung will die sprudelnden Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe vollständig in die Haushaltskonsolidierung stecken, um damit die Neuverschuldung von ursprünglich vorgesehenen 7,8 Mrd. Euro möglichst unter die Verfassungsgrenze von 3,8 Mrd. Euro zu drücken. Diese Herangehensweise ist das Gegenteil unserer Position, dass wir in allen Politikfeldern deutlich höhere Ausgaben benötigen, um Armut zu bekämpfen, Bildungschancen zu eröffnen und

durch soziale Sicherheit, gute Arbeit und Bildung überhaupt die Voraussetzung für stabile Einnahmen der öffentlichen Hand zu schaffen. Weiter ist die einhellige Position der LINKEN in NRW, dass eine Landesregierung, die sich einen Politikwechsel für NRW auf die Fahnen geschrieben hat, Investitionen in Bildung, Soziales, Kultur und Ökologie insbesondere in den Kommunen im Zweifel durch Schulden finanzieren muss, solange die Bundespolitik die dringend nötige Umverteilung der Vermögen zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung nicht angeht, sondern stattdessen immer mehr Armut produziert. Wenn nun mehr als zwei Milliarden weniger ausgegeben werden sollen als selbst von SPD-GRÜNEN ursprünglich geplant, ist dies nicht nur viel zu wenig ökonomischer Steuerung und sozialer Ausgleichspolitik, es ist eine Haushaltspolitik, die die falsche Richtung hat.

#### **Für die einzelnen Bereiche des Haushalts sieht das wie folgt aus:**

**Stellen:** Die Gesamtstellenzahl steigt um 252 Stellen auf 286.544. Auch die im Nachtragshaushalt ursprünglich vorgesehenen, dann aber einkassierten Stellen sind im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehen, so dass seit Regierungsübernahme durch SPD und Grüne im Saldo insgesamt 1.908 Planstellen geschaffen wurden. Das ist eine positive Entwicklung.

**Privatisierung:** Vermögens- und Beteiligungsprivatisierungen finden im Haushaltsentwurf nicht statt. Allerdings führt die bewusste ungenügende Bereitstellung eigentlich benötigter zusätzlicher Mittel zwangsläufig zu Sozialabbau und Privatisierung.

Am Beispiel der **Kommunen** wird das besonders deutlich: Zwar will die Landesregierung den Kommunen erhebliche zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stellen, aber diese Mittel sind nicht ausreichend, um die strukturelle Unterfinanzierung der meisten Kommunen ansatzweise aufzufangen, was dann dort unmittelbar zu Stellenabbau und Privatisierung führt. Die Anträge unserer Fraktion, die in der Summe den Kommunen eine Mrd. Euro mehr gebracht hätten, wurden abgelehnt. Insbesondere der Verbundsatz (Anteil der Kommunen an den Landessteuern) bleibt im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 mit 23% gleich. Nötig wäre eine

deutliche Anhebung um 2 Prozentpunkte auf 25%. Dies brächte den Kommunen Mehreinnahmen von 689 Mio. Euro.

**Landespolitische Verbesserung der Einnahmesituation:** Es ist positiv zu bewerten, dass die Landesregierung die Grunderwerbsteuer erhöhen will, allerdings auch hier wieder nicht konsequent. Wäre die Steueränderung schon ab Januar in Kraft, hätte NRW in 2010 bei einem Steuersatz von 5% (aktuell 3,5%) insgesamt über 500 Mio. Mehreinnahmen gehabt und nicht nur 150 Mio. Euro. Die Landesregierung will außerdem keine zusätzlichen Betriebs- und SteuerprüferInnen zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit und der Einnahmesituation einstellen. Entsprechende Anträge unserer Fraktion wurden abgelehnt.

**Investitionen:** In fast allen relevanten Aufgabenbereichen steigen die Ausgaben, allerdings nicht in dem Maße, wie es erforderlich ist.

Die eigenfinanzierten Investitionen betragen aber lediglich 3.771 Mio. Euro. Dies ist viel zu wenig, auch wenn die BLB-Investitionen und die Investitionszuschüsse des Bundes und der EU einbezogen werden. Insbesondere in den Erhalt der bestehenden Straßen wird nicht hinreichend investiert. Dies ist keine präventive Politik, da die Folgekosten in Zukunft enorm hoch sind. Außerdem findet kein Ausbau des Schienennetzes statt. Selbstkritisch ist einzuräumen, dass die Fraktion aber in vielen Bereichen der Zukunftsinvestitionen keine eigenen Anträge gestellt hat.

**Sozialticket:** 15 Mio. Euro für das Sozialticket (2. Halbjahr 2011) ist viel zu wenig. Dadurch wird der Flickenteppich an sozialen Dienstleistungen noch vergrößert und die Landesregierung stiehlt sich aus ihrer Verantwortung, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Dabei wäre es ohne weiteres finanziell möglich, für ein landesweites Sozialticket als eine unserer zentralen Forderungen ca. 100 Mio. Euro (2. Halbjahr 2011) vorzusehen, um die mit Hartz IV einhergehende menschenverachtende Repression in geringem Umfang abzumildern, aber selbst dazu ist die SPD in NRW nicht bereit, weil sie nach wie vor dem Mantra ihres ehemaligen Parteivorsitzenden Müntefering "Hartz IV war richtig!" verpflichtet ist. Durch bisher fehlende Qualitäts- und Mindeststandards

besteht zudem die Gefahr, dass die Landesmittel bei den Menschen gar nicht ankommen, sondern durch Verkehrsverbünde oder Verkehrsunternehmen nur abgegriffen werden. Der Skandal um die Einführung des Sozialtickets im VRR spricht hier Bände: Das jetzt vom VRR geplante, vergünstigte Viererticket hat mit einem Sozialticket gar nichts zu tun.

**Frauenpolitik:** Die von SPD und Grünen eingestellten Mittel für den Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sind nicht ausreichend, um die bereits vorhandenen Maßnahmen den Anforderungen entsprechend zu organisieren. Die Anträge unserer Fraktion, die unter der Überschrift: „Schutz und Hilfe für gewaltbetroffenen Frauen“ Zuschüsse zu Personalausgaben und Maßnahmen, die gegen Gewalt an Frauen vorgesehen sind, sichern sollten, wurden mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP abgelehnt. Es fehlt in den Frauenhäusern, in Beratungsstellen, Notrufen und anderen Initiativen nach wie vor an Geld und Personal.

**Studiengebühren:** Für die geplante Abschaffung der Studiengebühren zum nächsten Wintersemester sind im Haushalt lediglich 125 Millionen Euro als Ausgleichszahlungen an die Hochschulen vorgesehen. Das ist zu wenig, unsere Fraktion fordert deshalb 100 Mio. Euro zusätzlich für das zweite Halbjahr. Klar ist, dass sich die niedrige Summe negativ auf die Qualität von Lehre und Studium auswirken wird (z.B. Bücher in Bibliotheken); inwieweit auch auf Stellenabbau, ist zur Zeit nicht zu beziffern. Das liegt daran, dass aus den Einnahmen für Studiengebühren keine Stellen finanziert werden dürfen. Es gibt allerdings Ankündigungen von HochschulrektorInnen, dass sich die mangelhafte Kompensation auf die Zahl der DozentInnen mit besonderen Aufgaben, die sowieso prekär beschäftigt sind, auswirken kann.

**Globale Minderausgabe:** Die Globale Minderausgabe (GMA) als Einsparbeitrag wird von 100 Mio. Euro in 2010 auf 500 Mio. Euro erhöht. GMA's sind problematisch, da das Parlament nur über die Höhe der GMA entscheidet, die konkrete Ausgestaltung jedoch (also wo wird im Laufe des Jahres genau gekürzt) der Regierung und den einzelnen Ministerien überlassen wird. Hier ist ein Einfallstor für erheblichen Sozialabbau.

### **Innenpolitik und Justiz – Verfassungsschutz und Abschiebeknäste:**

Besonders problematisch auch jenseits der in der LINKEN festgelegten Roten Haltelinien sind die Bereiche Innen und Justiz.

Hier sind Millionenbeträge für den Verfassungsschutz eingestellt, wobei wir nicht einmal wissen, wie viel Geld der VS wirklich bekommt - das weiß maximal das Parlamentarische Kontrollgremium - und wie viele Planstellen, „freie MitarbeiterInnen“ etc. es tatsächlich gibt. Also: Das Parlament soll über einen Haushaltsposten abstimmen, über den es noch nicht einmal vollständige Transparenz bekommt, und das, obwohl die parlamentarische Kontrolle gegeben sein soll.

Ebenso problematisch sind die Mittel für die Abschiebeknäste. Rund 10 Millionen Euro sind für die Abschiebehäft im Justizhaushalt eingestellt, um Menschen einzusperren, die keine Straftäter sind. Davon entfallen mehr als 2 Millionen für private Sicherheitsdienste zu deren Bewachung. Entsprechende Änderungsanträge wurden von einer ganz großen Koalition der vier anderen Fraktionen abgelehnt, obwohl Abschiebungshaft Haft ist – und insofern zu den sog hoheitliche Aufgaben gehört, wo ansonsten alle vier immer sagen: da wird nicht privatisiert.

**Flüchtlingsarbeit:** Begrüßenswert ist es sicher, dass die Flüchtlingshilfen mehr Geld bekommen. Aber auch hier stellen SPD und GRÜNE wider besseren Wissens wieder ungenügende Mittel ein. Der Flüchtlingsrat und Flüchtlingsinitiativen sind weiterhin unterfinanziert, sodass eine wirklich vernünftige Arbeit nicht möglich ist.

**Kita/ KibiZ:** Auch hier wird deutlich, dass die Maßnahmen der Landesregierung ungenügend sind.

Hier zeichnet sich eine Fortsetzung der unseligen Tendenz langer Jahre ab, Bildungspolitik nach Kassenlage zu betreiben, indem Lösungsansätze, die offensichtlich in die falsche Richtung weisen, nur deshalb für zukunftsgerichtet erklärt werden, weil andere nicht bezahlbar dargestellt werden.

**Gesundheit:** SPD und GRÜNE halten an der pauschalen Förderung der Krankenhäuser in NRW fest. Unsere Anträge auf bedarfsorientierte Einzelförderung wurden abgelehnt. Das Land NRW hat die niedrigste

Investitionsquote in die Krankenhäuser aller Bundesländer. Dies befördert Privatisierungen, weil die dringend benötigten Gelder für Investitionen in marode Krankenhäuser nicht von öffentlicher Seite fließen. Stattdessen bieten sich private Investoren an, die mit ihrem Geld die Krankenhäuser übernehmen und für sich profitabel machen. Dies geschieht auf dem Rücken der Beschäftigten.

**Risiko WestLB:** Die WestLB-Kosten sind in dem Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt. Es ist davon auszugehen, dass die WestLB in der bestehenden Form nicht überleben wird. Wahrscheinlich ist die Zerschlagung der WestLB in drei Teile: Verkauf der Bestandteile WestImmo, internationale Projektfinanzierung, Investmentbanking; Übertragung von toxischen Bilanzpositionen an die Erste AbwicklungsAnstalt (EAA, „bad bank“) sowie Gründung einer Verbundbank / Girozentrale der Sparkassenverbände, die die Ausleihungen der Sparkassen an die WestLB aufnimmt sowie die WestLB-Anleihen, die von Sparkassen an ihre Kunden verkauft wurden. Die dadurch entstehenden Kosten liegen bei mindestens 12 Mrd. Euro. Sie treffen zum Teil das Land allein oder müssen zwischen den Sparkassen und den öffentlichen Händen (Land, Landschaftsverbände) geteilt werden. (Vgl. Beschluss Landesrat vom 12.2.2011)

#### **4. Positionierung zum Haushalt**

Natürlich ist der Landeshaushalt 2011 gemessen an unseren Zielen und Ansprüchen kein linker Haushalt. Rosa-grün ging es nie um einen Politikwechsel, der eine völlig neue Richtung bei der Vermögensverteilung, dem Demokratieausbau, bei der Herstellung gleicher Chancen und Rechte für alle und beim sozialen und ökologischen Umbau zum Schutz der Umwelt und des Klimas einschlägt.

Aber mit der Politik des absoluten Primats der Haushaltskonsolidierung hat die Koalition aus SPD und GRÜNEN einen Kurswechsel vollzogen. Damit verabschiedet sich die Regierung Kraft von der bisher postulierten Politik der vorsorgenden Haushaltspolitik, bevor diese überhaupt angefangen hat, und geht erkennbar auf die CDU zu.

Die Landesregierung verweigert den Menschen in NRW damit ein Zukunftsinvestitions- und Umbauprogramm für Investitionen in Soziales, Infrastruktur, in Umweltschutz und Bildung. Dieses wäre dringend notwendig, um die Politik der vergangenen Jahre umzukehren und eine soziale Grundlage der Politik zu schaffen. Ein solches Programm würde erhebliche Wachstumsimpulse vor Ort auslösen, zur dringend notwendigen Entschuldung der Kommunen und zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit beitragen. Denn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist weiterhin nachhaltig gestört. Entscheidend hierfür ist vor allem die strukturelle Massenarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnisse in NRW sowie die in der Wirtschaftskrise entstandene und noch nicht geschlossene Produktionslücke in NRW.

In unserem Wahlprogramm heißt es: „Die LINKE.NRW wird sich jedoch an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert.“ Diese roten Haltelinien sind durch den Haushaltsplan deutlich berührt.

Das wird auch nicht dadurch aufgewogen, dass in bestimmten Bereichen durchaus Verbesserungen im Vergleich zur Vorgängerregierung vorgenommen werden. Besonders scharf zu kritisieren sind die Maßnahmen von SPD und GRÜNEN, wo minimale Verbesserungen stattfinden sollen, um ein Thema zu besetzen und wahlkämpferisch zu agieren. Tatsächliche Verbesserungen finden aber nicht statt, sondern durch die Unterfinanzierung etwa der Kommunen wird es eine Zunahme von Privatisierungen, Sozialabbau, Perspektivlosigkeit und Armut geben.

Das zeigen ja gerade auch die Anträge, die Reden und insbesondere die aktuellen Pressemitteilungen der Landtagsfraktion mit ihren zunehmend scharfen Attacken gegen die Landesregierung, dass die bereitgestellten Mittel nicht zu einer Verbesserung der Situation der Menschen führen. Spürbar deutlich wird: Der Kurswechsel von SPD und GRÜNEN mit den Änderungen am Ursprungshaushalt ist eine klare Absage an eine konstruktive Zusammenarbeit mit der LINKEN und muss Konsequenzen haben.

## **5. Kommt es zu Neuwahlen, wenn wir den Haushalt ablehnen?**

Wenn es nicht zu Neuwahlen kommen könnte, wäre unser Abstimmungsverhalten zum Haushalt nicht so ein großes Thema, wir wären einhellig kritischer, klarer und lauter.

Genau darauf setzen SPD und GRÜNE. Sie wollen antesten, wie weit wir schon gezähmt sind und wie weit wir unserer eigenen Politik trauen. Auch mit dieser Frage müssen wir ehrlich umgehen, denn es völlig klar, dass auch wir es schwer haben könnten, bei Neuwahlen zu bestehen.

Dabei ist aber völlig klar: Nicht wir führen Neuwahlen herbei, wenn wir den Landeshaushalt ablehnen. Wir haben es gar nicht in der Hand, ob es zu Neuwahlen kommt oder nicht, sondern SPD und CDU, die genau dann Neuwahlen herbeiführen, wenn die Situation für sie günstig ist. Deswegen müssen wir auch permanent mit Neuwahlen rechnen, und nach dem Landeshaushalt werden weitere Themen auf der Tagesordnung stehen, wo SPD und GRÜNE einerseits unsere Stimmen brauchen, andererseits eine Politik in die falsche Richtung betreiben. Hier dürfen wir uns nicht verunsichern oder gar erpressen lassen.

Sicher ist dahingegen eins: Wir werden nicht in den Landtag einziehen, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit verlieren, nicht mehr sagen, was ist. Die aktuelle Politik von SPD und GRÜNEN als Politik der richtigen Richtung zu verkaufen, ist der gefährlichste Weg, den DIE LINKE einschlagen kann.